



Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

Kontakt

Telefon: 030.440 130 28
Telefax: 030.440 130 29
info@asfrab.de
www.asfrab.de

Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

19. Mai 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist Frühling geworden, und wir wünschen uns und Euch, es möge auch in Sachen Wehrpflicht endlich Frühling werden, sprich: die vereiste, verknöcherte und versteinerte Institution der „allgemeinen“ Kriegsdienstpflicht möge abgeschafft werden und im Gegensatz zum irgendwie unumgänglichen Winter auch nicht mehr wiederkehren. Und ihren Spezi, das Militär, kann sie dann auch gleich mitnehmen. Bis dahin haben wir allerdings noch einiges zu tun. Und obwohl wir derzeit von [Bundeswehr-Monitoring](#) ganz schön in Anspruch genommen sind, bemühen wir uns auch darum, dass auf unserem eigenen Kompost ein paar frische Meinungen wachsen. Ein paar davon lest Ihr in diesem Rundbrief.

Mit friedlichen Grüßen
Euer **asfrab**-Team

In eigener Sache:

Bitte teilt uns mit, wenn sich E-Mail- und Postadressen ändern, gern über info@asfrab.de
Großes Dankeschön an alle, die diesen Rundbrief nur noch elektronisch möchten. Das senkt die Versandkosten. Danke! ◀

Inhalt: Wehrpflichtverkürzung - was sie verspricht und was sie hält · Stell dir vor, es ist Krieg · TKDV aktuell ◀

Wehrdienst verkürzt auf sechs Monate - was bringt's und wem?

Der Wehrpflichtkompromiss passt zur Koalition: Die FDP wollte sie abschaffen, die CDU behalten, also verkürzt man auf sechs Monate. Und verlängert über die Hintertür dann den Zivildienst um drei bis sechs Monate, natürlich nur auf „freiwilliger“ Basis. Daraus macht nun jede Partei, was ihr passt: Trommelt die FDP, das sei der Anfang vom Ende der Wehrpflicht, sieht die CDU in der Verkürzung des Pflichtdienstes den Königsweg, sie zu retten. Wir überlassen die Entscheidung, was davon stimmt, zunächst unseren LeserInnen.

Sechs Monate Wehrdienst, wem nützt das? Auf den ersten Blick bedeuten sie eine Erleichterung für die Kriegsdienstleistenden. Und für die Bundeswehr?

Auf den ersten Blick ein Minus, denn was soll in sechs Monaten Grundausbildung „militärisch Verwertbares“ vermitteln werden. Vor dem zweiten Blick darf man sich aber daran erinnern, dass der Auftrag der Bundeswehr mit den [Verteidigungs-politischen Richtlinien](#) vom Mai 2003 „verschlankt“ wurde - Strukturen für die Landesverteidigung würden „nicht länger benötigt“, heißt es darin. An deren Stelle traten der „Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Befähigung zur Rekonstitution (gemeint ist die Wiederherstellung der Landesverteidigung, d.Verf.) sowie die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen.“ Darum sei die Wehrpflicht auch weiterhin „unabdingbar“. Der damalige Minister Struck wies an, die Bundeswehr „weiterzuentwickeln“ und den Grundwehrdienst bei neunmonatiger Dauer an den Erfordernissen einer Interventionsarmee auszurichten. Seitdem durchlaufen alle Rekruten, ob neunmonatig Grundwehrdienstleistender oder achtjährig Freiwilliger, die gleiche dreimonatige Grundausbildung - auf Szenarien einer Besatzungsmacht ausgerichtet (Checkpoint- und Objektsicherungsaufgaben). Danach hocken die Grundwehrdienstleistenden aber ohne eigentliche „militärische Aufgabe“ in den Kasernen herum und leisten „Gammeldienst“. Nicht grade motivierend und wenig geeignet, den „militärischen Nachwuchs“ fürs Längerdienen zu rekrutieren. Also weg mit der Wehrpflicht? O nein, denn dann ginge ja die „Befähigung zur Rekonstitution“ verloren. Eine Dienstverkürzung hingegen tut der Bundeswehr nicht weh, denn Grundwehrdienstleistende haben weder heute noch zukünftig eine unmittelbare militärische Funktion. Bleiben sie kürzer, ergibt das weniger „Gammeldienst“ und macht den Dienst „erlebnisorientierter“ und vermeintlich sinnstiftender. Und da nicht nur der Dienst verkürzt, sondern auch die Zahl der Dienstposten reduziert wird, gewinnt die Bundeswehr sogar vierfach. Der Zugriff auf den Nachwuchs aus der Truppe heraus bleibt gewährleistet, gleichzeitig wird der Aufwand für die Beschäftigungstherapie an Wehrpflichtigen geringer. Und für die Betroffenen sinkt natürlich der Leidensdruck, die sechs Monate gehen irgendwie herum, Protest und Widerstand werden wieder ein Stück unwahrscheinlicher. Und das ganze wirkt, viertens, auch irgendwie gerechter,

denn es sollen ja mehr einberufen werden. Tatsächlich sollen ab 2011 für sechs Monate Dienstleistende 25.000 Stellen im Militär zur Verfügung stehen. Das ergibt rechnerisch 50.000 Einberufungen pro Jahr. Gegenüber dem bisherigen Stellenplan für 2011, der 30.000 Stellen bei neun Monaten vorsah, ein Plus von rechnerisch 6.250 Einberufungen. Angesichts von Jahrgangsstärken von durchschnittlich 380.000 jungen Männern, die in den kommenden Jahren in die Wehrpflicht hineinwachsen, kann sich natürlich jeder ausrechnen, um wie viel „gerechter“ die Sache wirklich wird. Aber das Wehrpflichtanhängsel der Freiwilligenarmee wird nochmals reduziert. Bei 250.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr werden statt auf 30.000 zukünftig auf 25.000 Stellen Grundis dienen. Und, wem nützt das?

Wem schadet nun die Verkürzung der Wehrpflichtdauer? Es ist seit der Kürzungsankündigung durch die Regierung im November 2009 kaum ein Tag vergangen, an dem nicht ein Träger des Zivildienstes darüber klagte, er könne mit sechs Monaten Dienen nichts anfangen und sogar mit dem „Ausstieg“ drohte. Da es beinahe jedem einleuchtet, dass der Zwangsdienst im Sozialbereich nur dann lohnt, wenn man die wehrpflichtigen KDVer nach der Einarbeitungszeit wenigstens noch einige Monate ordentlich „arbeitsmarktneutral“ ausnutzen kann, hat das CSU-geführte Kriegsministeriums mit dem CDU-geführten Familienministerium gemeinsam im März einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach denen die Dienststellen einen bis zu 12 Monate dauernden Zivildienst hätten anbieten können. Gegen diese Option des „freiwilligen zusätzlichen“ Zivildienstes wehrte sich die FPD und nach wochenlangem Streit hat sich die Koalition am 17. Mai 2010 auf einen Kompromiss geeinigt. Der Zivildienstleistende soll selbst zwei Monate nach Beginn seines Dienstes darüber entscheiden, ob er den sechsmonatigen Dienst um drei bis sechs Monate verlängert. Zu befürchten ist in der Praxis, dass die „besseren, attraktiveren“ Plätze, von denen Zivis sich vielleicht auch einen Nutzen für ihre spätere Berufstätigkeit versprechen, von vornherein auf 9 bis 12 Monate ausgelegt werden. Wer nur die gesetzlich festgelegte Dauer von sechs Monaten dienen will, muss dann mit einem „heimatfernen“ und weniger interessanten Dienst rechnen. Und wem nützt das?

Ohne Wehrpflicht fehlt was, nämlich der Transmissionsriemen zwischen Truppe und Zivilwelt. Dabei geht es nicht darum, die Truppe vor einem demokratiefeindlichen Eigenleben zu bewahren - wie das zehn Prozent Subalterne, sprich: Rekruten bewirken sollen, bleibt weiterhin rätselhaft. Sondern weil das Militär die gesellschaftliche Akzeptanz und Normalität verliere. Mit Wehrpflicht hingegen werden jedes Jahr 400.000 Haushalte mit der Bundeswehr konfrontiert, allein schon weil ein männlicher Jugendlicher in diesen Familien zur Musterung geladen wird. Und was so häufig vorkommt, erweckt leicht den Eindruck, „selbstverständlich“ zu sein und einfach zum Männerleben dazuzugehören. Und wem nützt das? ◀

Stell dir vor, es ist Krieg, und die Regierung merkt's neun Jahre nicht

Nun ist es also amtlich, Kanzlerin und Verteidigungsminister sprechen aus, was FriedensaktivistInnen, Kundige und Interessierte und nicht zuletzt Soldaten der Bundeswehr schon längst formuliert haben: Die Bundeswehr in Afghanistan steht im Krieg. Natürlich nicht ganz so richtig Krieg, denn offiziell erklärt wurde er nicht. Auch nicht so sehr Krieg, dass die Kanzlerin zur Oberbefehlshaberin der Streitkräfte würde, was bei einem erklärten Krieg eigentlich zu geschehen hätte. Aber selbst nach Ansicht von Merkel und Guttenberg ist immerhin genug Krieg, dass auf beiden Seiten gestorben wird. Vom Sterben auf der anderen Seite redet man natürlich nicht so gern, um nicht zu sagen: nur gezwungenermaßen. So geschah es, dass zivile Opfer der Bundeswehraktivitäten tage- und wochenlang dementiert wurden. Was wiederum nicht heißt, dass man gern und offen über die Todesursache von Bundeswehrsoldaten redet. Doch zumindest wenn sie im Auslandseinsatz ums Leben gekommen sind, lassen sie sich kaum verschweigen. Je mehr Soldaten im „Einsatz“ sterben, desto schwieriger wird es für regierungsamtliche Personen, das Wort Krieg noch zu vermeiden. Denn der Tod von Bundeswehrsoldaten stiftet Aufregung, und zwar nicht nur allgemein auf der Ebene menschlicher Anteilnahme, sondern ganz konkret, sprich: politisch. Viele BürgerInnen lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab, namentlich den in Afghanistan, und mit jedem getöteten Bundeswehrsoldaten werden es mehr. Weit mehr als die Hälfte der Befragten sprachen sich in Umfragen zuletzt für den baldigen oder sofortigen Abzug der Bundeswehr aus. Die Leute wollen scheint's einfach nicht glauben, dass es sich um einen hoffnungsvollen Einsatz für Frieden und Völkerverständigung, bessere Bildung afghanischer Kinder und Aufklärungsarbeit über Geschlechtergerechtigkeit handelt. Dass es sich in Afghanistan um Krieg handelt, hätte man allerdings auch schon merken können, als die Bundeswehr nicht nur Truppen für die ISAF entsandte, sondern sich auch mit dem „War on Terror“ solidarisierte und die „Operation Enduring Freedom“ unterstützte. Oder beispielsweise, als die Nato unmittelbar nach dem 11. September 2001 den „Bündnisfall“ verkündete, denn auch schon der Bündnisfall bedeutet Krieg. Da die Bundesrepublik seither nicht aus der Nato ausgetreten ist und auch nicht daran gedacht hat, etwa logistische Unterstützung des Kriegs der USA im Irak zu verweigern, befinden „wir“ uns wohl seit 2001 im Krieg. Und keiner merkt's? ◀

TKDV aktuell

Das Amtsgericht Strausberg hat Jan-Patrick Ehler am 17.6.2010 um 14 Uhr zum Prozess geladen (Klosterstraße 13, Saal 5). Ihm wird [Gehorsamsverweigerung](#) vorgeworfen. Jan-Patrick folgte zwar der Einberufung im Oktober 2008, verweigerte aber konsequent alle Befehle. Die Bundeswehr hat ihn insgesamt 42 Tage in eine Arreststelle gesteckt, bevor sie ihn entließ. Zum Prozess sind Solidaritätsaktionen aller Art ausdrücklich erwünscht, heißt es auf <http://totalverweigerung.blogspot.de/> ◀

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt